

Antrag

der Abgeordneten Uwe Beckmeyer, Rainer Arnold, Sören Bartol, Lothar Binding (Heidelberg), Martin Burkert, Elvira Drobinski-Weiß, Dr. h. c. Gernot Eler, Petra Ernstberger, Peter Friedrich, Martin Gerster, Iris Gleicke, Ulrike Gottschalck, Michael Groß, Hans-Joachim Hacker, Gustav Herzog, Josip Juratovic, Johannes Kahrs, Nicolette Kressl, Ute Kumpf, Christian Lange (Backnang), Kirsten Lühmann, Katja Mast, Thomas Oppermann, Florian Pronold, Karin Roth (Esslingen), Ute Vogt, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Kein Weiterbau von Stuttgart 21 bis zur Volksabstimmung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Großprojekt Stuttgart 21 und die damit verbundene Neubaustrecke Wendlingen–Ulm beinhalten viele positive Elemente, die in den vergangenen Jahren von Sozialdemokraten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene mit entwickelt und unterstützt worden sind. Unbestritten ist, dass der Neubau des Stuttgarter Hauptbahnhofs positive Auswirkungen auf die städtebauliche Entwicklung, den Ausbau des Regionalverkehrs und die Anbindung der Landeshauptstadt an das europäische Schienennetz hat.

Das Projekt Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen–Ulm entzweien jedoch die Bevölkerung. Die Zustimmung zu diesem Vorhaben bröckelt. Zehntausende sind in Stuttgart auf den Straßen. Die Politik hat Vertrauen verloren.

In der Wahrnehmung vieler Bürgerinnen und Bürger erscheinen heute die Nachteile viel gravierender als die Vorteile. Über Jahre hinweg haben die Projektträger sich auf den klaren Mehrheitsbeschlüssen ausgeruht, anstatt die Bürgerschaft auf den langen Weg der Planung und Umsetzung mitzunehmen.

Das Projekt ist weit fortgeschritten, die Beschlüsse, die Verträge und die begonnenen Arbeiten sind nach bestem Wissen und Gewissen mit den notwendigen Mehrheiten gefasst worden. Gleichwohl müssen wir feststellen, dass die bisherige Legitimationsgrundlage nicht ausreicht, um die zunehmende Zahl der Kritiker zu überzeugen.

Die Bürgerinnen und Bürger von Baden-Württemberg sollen selbst über die Zukunft von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Wendlingen–Ulm im Rahmen einer landesweiten Volksabstimmung entscheiden können, auch im vollen Wissen über die Kosten und die Folgen eines Ausstiegs.

Große Verkehrsinfrastrukturprojekte leben von der Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Kluge Politik wirbt, überzeugt, fördert Akzeptanz und führt vorurteilsfreie Dialoge.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

bis zu einer Volksabstimmung über das Projekt Stuttgart 21 und die Neubau-
strecke Wendlingen–Ulm, wie von der SPD in Baden-Württemberg gefordert,
mit der Deutschen Bahn AG und dem Land Baden-Württemberg einvernehm-
lich ein sofortiges Ruhen der Bau- und Abrissarbeiten herbeizuführen und über
die Planungsstände und Kostenentwicklungen umfassend zu informieren.

Berlin, den 14. September 2010

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion